Der tägliche Demokrat.

219 – 4. Str. Davenport, Ia. | Freitag, den 18. August 1916 | Jahrgang 65 No. 198

Historical Society

Nach kurzer [illegible] neue britisch-französische Verzweiflungskämpfe an der Somme.

Die Verluste der angreifenden Franzosen und Briten sind kolossal.

Russen an der Ostfront, wie sie selbst zugeben, „aufgehalten".

Petrokrumm lügt aber ruhig weiter über zahllose Gefangene und riesige Kriegsbeute.

Franzosen und Briten erschöpfen sich an der Somme-Front in wüthenden Angriffen. — Sie erzielen dadurch nur ganz unbedeutende Erfolge, die zu ihren ganz furchtbaren Verlusten in einem grellen Mißverhältniß stehen. — Die wahnsinnige Munitionsverschwendung der Alliirten. — Ihr Artilleriefeuer ganz furchtbar. — Aber das deutsche nicht minder, und es zeichnet sich durch größere Treffsicherheit aus. — Russen an der Ostfront zum Halten gebracht. — Der Weg nach Lemberg und über die Karpathen ist ihnen verlegt. — Auch sie opfern ihr Menschenmaterial für unbedeutende Erfolge. — Der Verkauf der dänischen Inseln in Westindien ins Stocken gekommen. — Deutschland nicht daran interessirt. — Lebensmittelwucher soll in Deutschland aufgedeckt sein. — Depesche aus dem Haag sieht nach britischer „Bestellung" aus.

Der Krieg.

Die Briten sind bei Pozieres erschöpft.

Franzosen wollen an der Somme bei Maurepas Erfolge errungen haben.

Berlin, 17. August (über London). Der Kampf bei Pozieres an der Front nördlich der Somme ist nach einer Reihe britischer Angriffe, die nach dem amtlichen deutschen Bericht den Angreifern keinerlei Gewinn gebracht haben, eingeschlafen. Die britische Infanterie verhielt sich am Dienstag den ganzen Tag ruhig in ihren Schützengräben. Der gestern ausgegebene Bericht sagt im einzelnen:

„Südöstlich von Armentieres und in Artois war am Dienstag wieder lebhafter Kampf.

„In der Gegend von Pozieres nördlich von der Somme setzten die britischen Truppen ihre nutzlosen Angriffe bis Mittwoch früh fort; den Tag über verhielt sich die britische Infanterie ruhig; ein Nachtangrif in der Gegend nördlich von Ovillers wurde von uns abgeschlagen.

„Bei Moulin-sous-Touvent im Aisnegebiet lebte im Zusammenhang mit einem erfolglosen Gasangriff der Franzosen zeitweilig auf beiden Seiten das Geschützfeuer wieder auf. Oestlich von Reims wurden starke feindliche Patrouillen zersprengt."

Ruhig bei den Briten.

London, 17. Aug. Der gestern in London ausgegebene amtliche Bericht von der britischen Front in Frankreich meldet, daß, abgesehen von kleineren Zusammenstößen in der Nähe von Pozieres, wo die britschen Stellungen weiter befestigt werden, zwischen Ancre und Somme sich seit dem letzten Bericht nichts von Bedeutung zugetragen hat. Von beiden Seiten wurde theilweise in der Nacht lebhaftes Geschützfeuer unterhalten.

Die Franzosen wollen deutsche Gräben erobert haben.

Paris, 17. Aug. Die Truppen der Ententemächte haben gestern nach kurzem aber heißem Kampf an der Somme nördlich von Maurepas eine deutsche Schützengrabenlinie von 1500 Meter Länge, wie gestern Abend amtlich in Paris mitgetheilt wurde, genommen. Es wird hinzugefügt, daß die französischen Truppen alle deutschen Stellungen östlich der Straße Maurepas-Clery besetzt haben, und daß ferner deutsche Schützengräben, 1200 Meter lang, südlich von Belloy-en-Santerre genommen wurden. Der Bericht lautet:

„An der Somme leiteten wir heute Nachmittag nach umfangreicher artilleristischer Vorbereitung eine Offensive ein, die uns wichtige Erfolge einbrachte. Nördlich von Maurepas nahmen wir, unterstützt von den Engländern, eine ganze deutsche Schützengrabenlinie von 1500 Meter Länge und drangen an mehreren Stellen bis an die Straße Guillemont-Maurepas vor.

„Südlich von Maurepas nahm unsere Infanterie nach einem kräftigen Angriff, der dem Feind große Verluste beibrachte, alle feindlichen Stellungen östlich der Straße Maurepas-Clery auf einer Länge von 2000 und einer Tiefe von 300 bis 500 Metern. Diese beiden Operationen, welche rasch und brillant durchgeführt wurden, brachten uns eine beträchtliche Zahl Gefangene, wie viel, ist noch nicht bekannt.

„Zur gleichen Zeit überraschten unsere Truppen südlich der Somme den Feind durch einen plötzlichen Angriff und besetzten ein stark befestigtes Netz deutscher Gräben auf einer Länge von 1200 Metern, südlich von Belloy-en-Santerre; dort nahmen wir 60 Deutsche gefangen.

„An den übrigen Punkten der Front traten die Geschütze mit Unterbrechungen in Thätigkeit."

Geschützkampf rechts von der Maas.

Nach dem gestern Nachmittag in Paris ausgegebenen amtlichen Bericht von der Front war auf dem östlichen Maasufer von Verdun in der Nacht heftiges Geschützfeuer, während an der ganzen übrigen Front die Nacht fast überall ruhig verlief. Der Bericht sagt:

„Am größten Theil der Front herrschte die Nacht über Ruhe. In der Champagne in der Gegend von Tahure, sowie in den Argonnen unweit Harazee zersprengten wir deutsche Patrouillen.

„An der Front vor Verdun war auf dem rechten Maasufer ziemlich lebhafter Geschützkampf in der Gegend von Thiaumont, Fleury, Vaux und dem Kapitelwald.

„In der Nacht warfen deutsche Flieger Bomben auf die Festung Belfort; dieselben forderten keine Opfer."

Berlin, 17. August. (Ueber London 4 Uhr 50 Nachmittags). — Französische und britische Truppen machten, nach dem heutigen amtlichen Bericht, gestern heftige Angriffe an der Somme-Front, die aber alle von den Deutschen mit schweren Verlusten für die Angreifer abgeschlagen wurden. Südlich des Flusses gelang es den Franzosen, in die erste Linie der deutschen Gräben einzudringen.

Ruhe an der Ostfront.

Den Russen Halt geboten.

Berlin, 17. August (über London). Deutsche Truppen haben nach dem amtlichen deutschen Bericht von gestern Erfolge in der Gegend der Karpathen gewonnen. Sie haben die Höhe von Starawipozyna, nördlich von Kapul, erobert.

Nördlich vom Dniester in Galizien waren die russischen Angriffe nur schwach und wurden abgewiesen.

Der Bericht sagt im einzelnen:

„Von der Ostsee bis zu dem Abschnitt nördlich am Dniester hat sich nichts von Bedeutung zugetragen. Abtheilungen der Polnischen Legion machten einen kurzen Vorstoß in der Gegend von Hulewitschy. Oestlich von Kiselin überrumpelten deutsche Abtheilungen vorgeschobene russische Posten und brachten einen Offizier und 63 Mann als Gefangene zurück.

„Nördlich vom Dniester machten die dort am 14. August blutig geschlagenen Russen mit unbedeutenden Kräften örtliche Vorstöße, ohne etwas zu erreichen.

„In den Karpathen besetzten unsere Truppen die Höhe von Starawipozyna, nördlich von Kapul."

Heftige russische Angriffe.

Berlin, 17. August (über London 1 Uhr 52 Nachmittags.) In einem Versuche, den Widerstand der deutschen und österreich-ungarischen Truppen zu brechen, sagt der heute ausgegebene Bericht, unternahmen die Russen ganz wüthende Angriffe in Ost-Galizien in der Gegend von Zalocze. Der Bericht lautet:

„An der rFont des Erzherzogs Karl Franz Joseph machten die Russen ganz

(Fortsetzung auf der 4. Seite.)

Kleine Kriegsnachrichten.

Munitionsverbrauch der Alliirten fabelhaft.

Im deutschen Feldquartier an der Somme-Front, über Berlin und London, 17. August. Der Verbrauch der Artilleriemunition der Entente-Truppen an dieser Front ist fabelhaft und erreicht mitunter die Rate von 32 Geschossen in der Sekunde während des Trommelfeuers. Nicht selten ist es vorgekommen, daß innerhalb einer Stunde entlang der gesammten Somme-Front 90,000 Geschosse auf die deutschen Linien abgefeuert wurden. Nach konservativer Schätzung werden durchschnittlich in 24 Stunden 1,000,000 Geschosse abgefeuert.

Selbstverständlich verschlingt die Offensive auf diese Weise enorme Summen. Wie groß der Verlust an Menschenmaterial ist, ist nicht so leicht festzustellen. Deutsche Offiziere bestätigen, daß die Verluste der Engländer bei zahlreichen Angriffen geradezu fürchterlich waren, die der Deutschen nicht annähernd so groß, wenn sie auch keineswegs gering genannt werden können.

Der Munitionsverbrauch der Deutschen ist bedeutend geringer als der des Feindes, weil die deutsche Artillerie fast ausschließlich besondere Ziele, wie Schützengräben, Truppentransporte, Standorte der Reserven usw. aufs Korn nimmt, während die Engländer vielfach ganze Frontabschnitte mit einem dichten Hagel von Geschossen belegen, und kein Dorf, keine Straße im Rücken der deutschen Linien, so weit ihre Geschütze reichen, unverschont lassen.

Der Verkauf der dänischen Inseln.

Verhandlung im dänischen Oberhaus.

Kopenhagen, 17. August. — (Ueber London). Der Landsting, das Oberhaus des dänischen Parlaments, trat am Mittwoch als Plenarausschuß zusammen und begann die Berathungen über den Vertrag mit den Ver. Staaten, nach welchem diese Dänisch-Westindien zum Preis von $25,000,000 übernehmen solle.n Anwesend waren 61 Mitglieder, und von diesen vertraten 47 den Standpunkt, daß der Verkauf nicht eher abgeschlossen werden könne, als bis die Nouwahlen beider Häuser des Parlaments stattgefunden haben. Fünf Mitglieder fehlten bei der Verhandlung.

Die Lage ist noch dadurch verwickelter geworden, daß Premier Zahle den Vorschlag machte, das Ministerium solle zurücktreten, und ein neues Kabinett zusammengestellt werden, in welchem alle Parteien vertreten sind. Damit würden Neuwahlen, die von den Konservativen und der Linken gefordert werden, unnöthig gemacht werden. Ob der Plan des Ministerpräsidenten durchgeführt werden kann, ist noch fraglich, da die Sozialisten es bisher stets abgelehnt haben, in einem Kabinett zusammen mit Anhängern anderer Parteien vertreten zu sein. Da viele Mitglieder des Folketings, Unterhaus, nicht in Kopenhagen weilen, kann die Angelegenheit fürs erste nicht erledigt werden.

Falls jedoch ein unparteiisches Kabinett gebildet werden sollte, würde eine Urabstimmung zur Ratifizirung des Vertrages genügen.

Deutschland ist nicht interessirt.

Berlin, 17. August (drahtlos über Sayville). Um den weitverbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, Deutschland sei wegen des vorgeschlagenen Verkaufs von Dänisch-Westindien an die Ver. Staaten besorgt, äußerte sich der deutsche Staatssekretär des Aeußeren, Gottlieb von Jagow, gestern in Berlin dahin, daß die deutsche Regierung einer solchen Uebertragung nicht entgegen ist.

Seine Feststellung geschah auf Ersuchen eines Vertreters der Uebersee-Nachrichtenagentur wegen gewisser, aus einer britischen Quelle stammenden Berichte, daß in den Ver. Staaten eine Besorgniß wegen des vorgeschlagenen Kaufs herrsche, „weil eine gewisse ausländische Macht heimlich eine gegenfätzliche Haltung zu dem Wechsel des Eigenthumsrechts jener Inseln eingenommen habe."

Dr. von Jagow's Worte lauten:

„Deutschland steht nicht im Gegensatz zu einer Verschiebung souveräner Rechte in diesen Theilen der Welt, möge sie beabsichtigt sein, von wem sie wolle. Die deutsche Politik ist offen vom Reichskanzler in seiner Rede vom 4. April dargelegt worden, als er für jeden verständlich machte, daß Deutschland weder Angriffs- noch Annektirungspläne gegen Kanada, Brasilien, noch irgend einen anderen Theil Amerikas hege."

Inselbewohner stimmen nichtamtlich ab.

St. Thomas, (Dänisch-Westindien), 17. August. Die Bewohner der Insel St. Croix sind anscheinend für den Verkauf von Dänisch-Westindien an die Ver. Staaten. Dienstag wurde eine inoffizielle Abstimmung über die Frage vorgenommen; von den abgegebenen Stimmen waren 5000 für und nur 11 gegen Ankauf.

Lebensmittelwucher in Deutschland aufgedeckt. (?)

Im Haag, 17. August. Das deutsche „Kriegswucher-Bureau" hat durch die Aufdeckung eines weitverzweigten Lebensmittelwuchers sein Bestehen als durchaus nothwendig erwiesen. Nähere Einzelheiten über die Thätigkeit des Bureaus sind am Mittwoch im Haag eingetroffen. In der Skandalaffäre sollen etwa ein halbes Dutzend Führer und etwa einhundert Angestellte bloßgestellt worden sein, die Hunderte von Tonnen Weizen, Hafer- und Roggenmehl aus Westpreußen nach Berlin geschmuggelt und dort mit einem Gewinn von 300 Prozent verkauft haben sollen. Das Vorhandensein dieser Mehlvorräthe wurde durch allerhand Machinationen von den Regierungsbeamten verborgen, die den Bestand aufzunehmen hatten, und die Lebensmittel in Nachtzügen als Maschinentheil, Kartoffeln und andere Waaren versandt. Mehrere Regierungsangestellte (?) und Bahnvorsteher (?) sollen in diese Verschwörung verwickelt worden sein. Die deutschen Zeitungen verlangen energisch eine exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

Petersburg, über London, 17. August. General Nicholas V. Rußky ist zum Höchstkommandirenden der Nordarmeen ernannnt worden, wie in Petersburg amtlich angekündigt wird.

(Gen. Rußky hatte das Kommando über die Nordarmeen zu Beginn des Krieges. Seine Hauptthat war die Einnahme Lembergs. Im Mai 1915 zog er sich, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, vom aktiven Dienst zurück. Sein Nachfolger wurde General Alexiew, der gegenwärtige Generalstabschef. Im Juli 1915 übernahm Gen. Rußky von neuem den Oberbefehl über die Nordarmeen, wurde jedoch sechs Monate später vom Zaren seines Postens enthoben. Er steht im 62. Lebensjahr.)

Weitere Angriffe auf dem Balkan.

Berlin, über London, 17. Aug. Nach dem am Mittwoch in Berlin ausgegebenen amtlichen Bericht fahren die Alliirten an der Balkanfront fort, in unbedeutenden Angriffen die Stärke der gegnerischen Linien zu sondiren. Der Bericht meldet, daß südlich vom Doiran-See ein neues französisches Bataillon, das versuchte, gegen die bulgarischen Linien vorzugehen, durch Geschützfeuer abgewiesen wurde.

An der Kaukasusfront.

Petrokrumm, über London, 17. Aug. Ueber die Kaukasus-Front wurde gestern Abend amtlich in Petrokrumm berichtet, daß mehrere feindliche Abtheilungen südlich von Kalapasvas in Persien südwestlich von Urmi, einen Angriff unternommen haben, jedoch durch russische Truppen in Schach gehalten wurden.

Reiseerlaubniß für Indien erforderlich.

Sehr verdächtig; die Unruhen in Indien müssen bedenklich geworden sein.

London, 17. August. Personen, die keine englischen Staatsangehörigen sind und nach Indien zu reisen wünschen, um dort Missions- oder Erziehungsarbeiten zu beginnen, müssen in Zukunft zum Betreten des Landes die Erlaubniß der indischen Behörden haben. Diese Bekanntmachung wurde am Mittwoch in London gemacht.

Die englischen Behörden erklären, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß diese Bestimmung nicht etwa zum Zwecke erlassen worden sei, um Missions- oder soziale Wirksamkeit in Indien zu erschweren oder Personen davon zu entmuthigen, sondern sie hat lediglich den Zweck, Missionare aus dem Lande fernzuhalten, die in aktiver Sympathie mit den Feinden der englischen Regierung stehen.

— Eine Million Babies in New York, die mit Milch versorgt werden müssen. Sehr richtig — und für die Babies in Deutschland haben die Erbpächter der Humanität keinen Finger gerührt, als es nöthig schien.

— Rumänien wartet auf das höchste Angebot — und für das höchste Gebot wird es alle zehn Gebote verkaufen.

Präsident Wilson beruft die Bahnpräsidenten nach Washington.

Um mit ihnen Maßregeln zur Verhütung des Eisenbahnstreiks persönlich zu besprechen.

Erfand aus, daß die Machtbefugnisse des Committees der Eisenbahngesellschaften beschränkt sind.

Washington, 17. August. — Präsident Wilson lud heute die Präsidenten der hauptsächlichsten Eisenbahn-Systeme des Landes ein, sofort nach Washington zu kommen, um mit ihm über die Verhütung des drohenden Eisenbahnstreiks zu berathen. Bis zu deren Ankunft gedenkt er nicht, mit dem hier anwesenden Committee der Eisenbahngesellschaften, mit welchem er schon verschiedene Konferenzen gehabt hat, in weitere Berathungen zu treten.

Präsident Wilson sandte folgendes Telegramm an die führenden Eisenbahn-Präsidenten:

„Die Besprechung der dem drohenden Eisenbahnstreik zu Grunde liegenden Fragen hat einen Punkt erreicht, der es höchst wünschenswerth macht, daß ich in möglichster Bälde mit Ihnen und den Präsidenten irgend einer anderen von dem Eisenbahnstreik bedrohten Eisenbahnen, der zur Zeit zu erreichen ist, persönlich in Berathung treten kann. Ich hoffe, daß es Ihnen möglich sein wird, sofort nach Washington zu kommen."

Das Vorgehen des Präsidenten, eine Berathung mit den Eisenbahnpräsidenten zu fordern, wird dahin gedeutet, daß das Committee der Eisenbahngesellschaften sich schließlich endgültig geweigert hat, auf den vom Präsidenten vorgeschlagenen Plan, den Achtstunden-Arbeitstag als Grundlage weiterer Verhandlungen anzuerkennen, einzugehen. Er will jetzt diese Frage mit den Häuptern der Eisenbahngesellschaften selbst besprechen.

Die Lage ist zur Zeit folgende: Die Eisenbahngesellschaften weigern sich ganz entschieden, den Achtstunden-Arbeitstag zuzugestehen, sind aber bereit, diese Frage einem vom Präsidenten oder von den Eisenbahnbrüderschaften zu ernennenden Schiedsgerichts-Tribunal zu unterbreiten.

Die Brüderschaften sind willens, gewisse Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten, andere aber nicht. Sekretär Tumulty telegraphirte heute am frühen Morgen an Daniel Willard, den Präsidenten der Baltimore & Ohio Bahn betreffs der Einladung Präsident Wilsons an die Eisenbahn-Präsidenten mit ihm im Weißen Haus zu einer Berathung zusammen zu kommen, und Präsident Willard antwortete, daß er alles Mögliche thun werde, um diese Konferenz zu Stande zu bringen.

Richter Chambers von der Bundes-Vermittlungsbehörde hatte heute Morgen eine kurze Konferenz mit den Führern der Brüderschaften. Ueber diese wollte er nichts weiter sagen, als daß er von diesen eine definitive Antwort auf eine Frage verlangt und erhalten habe, und weigerte sich entschieden, irgend etwas Weiteres über die Natur der Besprechung zu sagen. Von der Konferenz mit den Brüderschaften begab sich Richter Chambers sofort wieder nach dem Weißen Hause.

Einer der Führer sagte nach der Konferenz mit Richter Chambers: „Ich möchte nicht sagen, daß die Lage immer noch hoffnungsvoll ist. Hoffnungsvoll wäre kaum das richtige Wort. Ich möchte sagen, daß ein Ausgleich immerhin noch im Bereich der Möglichkeit liegt."

Einige der Führer waren bereit, auf den Vorschlag des Committees der Eisenbahngesellschaften betreffs eines Schiedsgerichts einzugehen, in dem sie bei Präsident Wilson darauf bestanden, daß 75 weitere Eisenbahnsysteme, für welche Abmachungen zu treffen das Committee der Eisenbahngesellschaften, seiner Aussage nach keine Vollmacht hat, irgend welche Abmachungen zu treffen, in die Unterhandlungen mit eingeschlossen würden.

Auf diese Weise würde eine alte Streitfrage zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Brüderschaften wieder aufgerührt werden, was zu der Untersuchung der Frage führen müßte, wer denn eigentlich besagte 75 Eisenbahnen eignet und kontrollirt.

Die Vertreter der Brüderschaften behaupten, daß solche Untersuchung die Thatsache ans Tageslicht bringen werde, daß die größeren Eisenbahngesellschaften die in dem Committee vertreten sind, die Mehrheit der kleineren Eisenbahngesellschaften kontrolliren.

Im Falle Präsident Wilson aussindet, daß irgend einer der Eisenbahnpräsidenten nicht absolut für seine Bahn sprechen kann, wird er die Finanziers, welche die Bahn kontrolliren, nach dem Weißen Haus einladen. Bundesbeamte sagten heute, daß der Präsident nur mit der „höchsten Autorität" beider Parteien zu unterhandeln wünsche.

Die 640 Mann der Generalbehörde der Brüderschaften hielten, ehe sie sich heute Nachmittag nach dem Weißen Haus begaben, eine etwas mehr als eine Stunde währende geheime Konferenz ab. Dann begaben sie sich auf der Schattenseite der Pennsylvania Avenue nach dem Weißen Hause. Es war eine stattliche Kolonne, als sie, nachdem sie sich im Bundesschatzamt mit nahezu militärischer Ordnung versammelt hatten und von dort nach dem Weißen Haus marschirten. Sie wurden vom Präsidenten im Sitzzimmer empfangen, in welchem Stühle für sie aufgestellt waren. Sie wollten gleich nach der Konferenz mit dem Präsidenten wieder eine geheime Versammlung abhalten.

Washington, 17. Aug. Präsident Wilson legte heute seinen Plan zur Verhütung des drohenden Eisenbahnstreiks den 640 Mitgliedern der Generalbehörde der Brüderschaften vor, und da das Committee der Eisenbahngesellschaften von der Anerkennung des Achtstunden-Arbeitstages als Grundlage weiterer Verhandlungen nichts wissen wollte, appellirte er an die Eisenbahnpräsidenten und forderte sie auf, zu einer Konferenz mit ihm nach dem Weißen Haus zu kommen und wenn die Eisenbahnpräsidenten, worauf alle Anzeichen hindeuten, die Weigerung des Committees, dem Achtstunden-Arbeitstag als Grundlage für weitere Unterhandlungen anzuerkennen, unterstützen, wird er sich an die Finanzmächte wenden, welche die Eisenbahnen kontrolliren. Es ist sein Entschluß, sich an die höchste Autorität zu wenden, ehe er seine Bemühungen aufgibt.

Der Plan des Präsidenten, der, wie erwartet wird, von der Generalbehörde der Brüderschaften in einer morgen um 9 Uhr Vormittags abzuhaltenden Sitzung angenommen werden wird, ist: „Der Achtstunden-Arbeitstag als Grundlage für Feststellung des Lohnes, regulärer Preis des Achtstunden-Arbeitstages als Bezahlung für Ueberstunden, Ueberweisung aller anderen Streitfragen an eine vom Kongreß zu ernennende kleine Kommission, in welcher die Brüderschaften und das allgemeine Publikum vertreten sein sollen.

Die Annahme des Vorschlages seitens der Generalbehörde der Brüderschaften ist mehr als wahrscheinlich, da eines der Mitglieder nach der Konferenz mit dem Präsidenten sagte: „Die Leute wären Narren, wenn sie diesen Vorschlag nicht annähmen."

Die Haltung der Eisenbahnpräsidenten ist nicht so klar. Sie begannen bereits heute Abend einzutreffen und dürften morgen alle hier sein. Niemand kann sagen, welchen Eindruck der Appell des Präsidenten auf sie machen wird, den er im Namen der Wohlfahrt der Nation an sie richtet. Die Präsidenten sind nach Ansicht des Committees ganz entschiedene Gegner der Bewilligung des Achtstunden-Arbeitstages oder irgend einer der anderen Streitfragen, sind aber bereit, alle dem Spruche eines Schiedsgerichts, über dessen Zusammensetzung sich die Brüderschaften mit dem Committee einigen mögen, zu überweisen. Die Präsidenten, so wird verstanden, rechtfertigen ihre Stellung damit, daß sie den Grundsatz des Schiedsgerichts aufrechterhalten wollen, der, wenn in diesem Falle aufgegeben, für immer bei industriellen Streitigkeiten hinfällig werden würde. Das wollen sie dem Präsidenten sagen. Wenn die Eisenbahnpräsidenten darauf bestehen und darin von den Finanzmächten unterstützt werden, kann nur die Zukunft den Ausgang der Kontroverse enthüllen. Da die Lage so drohend geworden ist, fing auch der Kongreß heute an, der Krisis mehr Aufmerksamkeit zu schenken, und Anzeichen deuten auf seine Intervention hin, um eine sich über das ganze Land erstreckende Aufhebung des Eisenbahnverkehrs zu verhüten.

Präsident Wilson's Bemühungen zur Verhütung des Eisenbahnstreikes

Bis jetzt wenig erfolgreich und dürften an Hartnäckigkeit der Eisenbahngesellschaften scheitern.

Herr Wilson hat die Eisenbahnpräsidenten nach Washington berufen.

Will auch noch mit den die Eisenbahnen kontrollirenden Finanzmächten konferiren.

Präsident Wilson's Bemühungen zur Verhütung des Eisenbahnstreiks drohen an der Hartnäckigkeit der Eisenbahngesellschaften zu scheitern. — Die wollen von einer Anerkennung des Achtstunden-Arbeitstages als Grundlage weiterer Verhandlungen nichts wissen. — Herr Wilson hat die Eisenbahnpräsidenten nach Washington berufen und wird morgen mit diesen berathen. — Er will sich auch noch an die die meisten Eisenbahnen kontrollirenden Finanzmächte wenden, ehe er seine Bemühungen einstellt. — Die Eisenbahner-Brüderschaften sind dem Vorschlag des Präsidenten geneigt. — Seine gestrige Konferenz mit deren Generalbehörde scheint befriedigenden Erfolg gehabt zu haben. — Aber die Eisenbahngesellschaften und die diese kontrollirenden Finanzmächte — Da sitzt der Haken. — Ausgabe von Schuldbriefen im Betrage von $130,000,000, um Extrakosten der Regierung wegen Merikofrage zu decken.

Aus der Bundeshauptstadt

Eine Schuldbrief-Ausgabe von $130,000,000.

Washington, 17. August. — Die Mehrheit der Mitglieder des Senats-Finanzcommittees befürwortete heute Abend, unterstützt vom Schatzamts-Departement, ganz unerwartet die Ausgabe von Schuldbriefen (Bonds) im Betrage von $130,000,000 um die außerordentlichen Ausgaben der Regierung in Folge der merikanischen Lage zu decken. Die Schuldbrief-Ausgabe wird im Bericht des Senats-Finanzcommittees ganz dringend verlangt. Der Mehrheitsbericht, der von Senator Simmons unterbreitet wurde, war eine allgemeine Erklärung des Schatzamtes. Die Ausgaben des Fiskaljahres 1917 werden auf $1,126,243,000 geschätzt, die Einnahmen auf $762,000,000. Zugleich mit dem Bericht des Finanzcommittees wurde die neue demokratische Steuervorlage, durch welche die jährlichen Bundeseinnahmen um 205 Millionen erhöht werden sollen, im Senat eingereicht.

Washington, 17. August. — Während heute im Senat vor leeren Bänken über die Schiffsankaufsvorlage debattirt wurde, waren die demokratischen und republikanischen Führer in ernster Berathung, um das Festsitzen der gesetzgeberischen Arbeiten zu verhindern. Es heißt heute Abend, daß genügend demokratische Senatoren versprochen haben, gegen Senator Owens Antrag, die Berathung seiner „Corrupten Praxis-Vorlage in dieser Kongreßsitzung vorzunehmen, zu stimmen und diese auf die nächste Sitzung zu vertagen. Dafür sollen die Republikaner morgen oder Samstag die Annahme der Schiffsankaufs-Vorlage gestatten. Senator Borah machte in der Debatte über die Schiffsankaufsvorlage auf die Nothwendigkeit sofortiger Einwanderungs-Gesetzgebung aufmerksam. Die darüber entstehende Debatte enthüllte eine weitere demokratische Revolte.

Schipperfreuden.

„Ich habe die Stiefel schon voll Wasser."

„Da will ich dir meine abtreten, zu denen rinnt's unten wieder hinaus."

— Die Maine Kampagne ist nicht das Main Issue.